

Klima-Aktivisten fordern radikales Handeln

Nach mehreren Monaten Pause demonstrierten gestern schweizweit wieder Klima-Interessierte. Auch in der Schaffhauser Innenstadt machten sich an die sechzig Personen im Rahmen des «Strike for Future» für die Einhaltung der Klimaziele stark.

Damiana Mariani

SCHAFFHAUSEN. Gestern am nationalen Streiktag lärnte es pünktlich um 11.59 Uhr aus der Schaffhauser Innenstadt – und nicht nur hier, schweizweit wurde zum Klima-Alarm gerufen. Auf den Radau folgte um 14 Uhr der Klima-Sitzstreik auf dem Fronwagplatz. Es war die erste grössere Demonstration seit Langem zum Thema. Coronabedingt musste der «Strike for Future» längere Zeit pausieren. Umso dringlicher war den Aktivisten ihr Anliegen gestern Nachmittag. Unter grauem Himmel, bei Nieselregen wurden Parolen geschwungen: «Ufe mit em Klimaziel, abe mit em CO₂», tönte es aus dem Megafon, und die Menge johlte mit. Ferner machten diverse selbst gebastelte Plakate auf die Dringlichkeit der Klimadebatte aufmerksam, wie etwa jenes von Jana Pfund mit einem weinenden Eisbären und den Worten: «Even the coolest ones are crying.»

Initiiert wurde der «Strike for Future» von der Jugendbewegung Klimastreik Schweiz, die dazu ein Manifest verfasste. «Wir weigern uns, noch länger auf Antworten der Regierung zu warten», heisst es da. Und weiter: «Wir verlangen mehr Transparenz und Partizipation. Wir brauchen ein neues Verständnis von Demokratie. Gemeinsam möchten wir über unsere Arbeits- und Lebensbedingungen entscheiden.»

Als weitere Übel neben dem Klimawandel deklarierten die Exponenten des Streiks das grenzenlose Wirtschaftswachstum, das Patriarchat und den Imperialismus, alles Faktoren, die eine gerechte, demokratische und zukunftsfähige Gesellschaft verhindern würden. Da unser Wirtschaftssystem auf unbegrenzten Wachstum basiere, würden Regierung, Grosskonzerne und Finanzinstitutionen aber kein Interesse hegen, die Krise ernsthaft anzugehen. «Die Krise erfordert sofortiges und radikales Handeln», steht es appellierend auf der Website des «Strike for Future».

Eine ambitioniertere Klimapolitik

Von Radikalität zu spüren war am Freitagnachmittag in Schaffhausen indes nichts. Vier Polizisten beobachteten das überwiegend jugendliche Publikum, das auf nassem Asphalt, Plastik- und Jutesäcken sitzend Parolen skandierte, sang und klatschte. «In Anbetracht dessen, dass es



Im Rahmen des «Strike for Future» haben sich gestern an die sechzig Menschen auf dem Fronwagplatz in der Schaffhauser Innenstadt getroffen, um für eine «ambitioniertere Klimapolitik» sowie mehr Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Umweltaktivisten zu demonstrieren.

BILD ROBERTA FELE

regnet und viele Klima-Interessierte in der Schule oder bei der Arbeit sind, sind wir zufrieden mit der Anzahl Besucher», sagte Lasse Van Belle, Aktivist des Klimastreik Schaffhausen.

Auch in anderen Kantonen machten sich Demonstranten für eine «ambitioniertere Klimapolitik» sowie mehr Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Umweltaktivisten stark. Die Tessiner Aktivistengruppe informierte sogar den ganzen Tag live auf dem extra für den Streik eingerichteten Fernsehsender «Tele Futuro» über den Aktionstag. Verschiedene Stand-

orte, dieselbe Botschaft: In allen Landesteilen der Schweiz forderten die Aktivisten ein umgehendes, entschiedenes Handeln, um das Pariser Abkommen und das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen.

15 Prozent weniger CO₂-Ausstoss

Die Schweiz wird das 1990 gesetzte Ziel, bis 2020 den Ausstoss von CO₂ um zwanzig Prozent zu senken, wohl knapp verfehlen. Laut dem Bundesamt für Umwelt ging der Ausstoss von Treibhausgasen in der Schweiz von 1990 bis 2019 trotz starkem Bevölkerungswachstum jedoch von

54 auf 46 Mio. t (gemessen in CO₂-Äquivalenten) zurück, sprich: um 15 Prozent.

In Schaffhausen haben die Demonstranten gestern ferner dazu aufgerufen, an den Abstimmungen vom 13. Juni dreimal Ja zu stimmen. Ja für das CO₂-Gesetz, Ja für sauberes Trinkwasser und Nahrung sowie Ja für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide. Dem Grossteil der Teilnehmenden wird dies jedoch nicht möglich sein, weil sie minderjährig sind. Bleibt abzuwarten, welche Aktionen von der Front der Klimaaktivisten folgen – und was die kommende Volksabstimmung zeigen wird.



VIDEO
Impressionen von der
Klimademo unter
www.shn.ch/click

Der Vergewaltigung schuldig, aber er zeigte weder Einsicht noch Reue

Die Ehe eines aus Indien stammenden Paares wurde für die Frau zur Hölle: Drohungen, Schläge und Vergewaltigung. Jetzt erhielt der Mann vom Kantonsgericht die Quittung: Gefängnis und Landesverweis.

Martin Edlin

SCHAFFHAUSEN. Irgendwie war es symptomatisch: Als gestern Andreas Textor, Vorsitzender der Strafkammer, das Urteil verkündete und via ins Hindi übersetzende Dolmetscherin den Angeklagten fragte, ob er die Verurteilung verstanden habe, antwortete dieser: «Nein, ich bin nicht einverstanden.» Der Unterschied zwischen «verstanden» und «einverstanden» hatte bereits den ganzen Prozessverlauf geprägt (siehe SN vom Donnerstag). Man hatte verstanden, weshalb Staatsanwältin Evelyn Steiner dem Beschuldigten mehrfache Vergewaltigung, Drohung, einfache Körperverletzung und Tötlichkeit vorwarf, aber Verständnis für die Sichtweise des Mannes aufzubringen, er habe nie Gewalt angewendet, um den Geschlechtsverkehr zu erzwingen, war

nicht möglich. Denn die Frau wusste aus jahrelanger Erfahrung, was ihr blühte, wenn sie sich verweigerte: Es hagelte massive Drohungen (vom Zurückschicken nach Indien bis zu Umbringen), immer wieder Schläge, einmal ein Biss in die Brust, Handgreiflichkeiten, auch gegenüber den beiden schulpflichtigen Kindern.

Der Druck brach den Widerstand

Die Angst und der Druck durch Drohungen und Erniedrigungen habe den Widerstand der Frau gebrochen, sah Richter Textor den Tatbestand der Vergewaltigung als erwiesen an, auch wenn der Ehemann beim Sex keine direkte körperliche Gewalt mehr anwenden musste. Anderes als zu kapitulieren und alles über sich ergehen zu lassen wäre der Frau nicht möglich gewesen. Bei der Befragung hatte sie es so formuliert: «In Indien sind Ehemänner eben Götter, die von ihren Frauen glücklich zu machen sind.» Oder eben auch: Eigentum des Mannes ohne Selbstbestimmungsrecht. Aus solcher Perspektive sei das «heile Familienleben», wie es der Angeklagte sah (das Ehepaar lebt inzwischen getrennt und befindet sich in Scheidung), eine reine

Schutzbehauptung, sagte Textor. Dagegen habe die Frau ohne Widersprüche ausgesagt, und gegen ihre Glaubwürdigkeit spreche nichts, selbst wenn sie die einzelnen, Jahre zurückliegenden Übergriffe nicht mehr genau datieren könne.

Sieben Jahre Landesverweis

Der Gerichtsvorsitzende nahm, um hier das «verwerfliche Vorgehen», die «Rücksichtslosigkeit gegenüber dem Opfer» und das «Ignorieren ihres Willens» als Vergewaltigung zu qualifizieren, Bezug auf mehrere Bundesgerichtsentscheide. Entsprechend fiel das Urteil nur wenig milder als der Antrag der Staatsanwältin aus: 30 Monate Freiheitsstrafe unter Anrechnung von 90 Tagen Untersuchungshaft, davon – weil der Mann nicht vorbestraft ist und keine Tatwiederholung droht – 24 Monate mit bedingtem Vollzug bei einer Probezeit von zwei Jahren, 500 Franken Busse, sieben Jahre Landesverweis und Übernahme sämtlicher Verfahrenskosten. Die Zivilforderungen der als Privatklägerin auftretenden Ehefrau wurden grundsätzlich gutgeheissen, aber auf den Zivilweg verwiesen.

VBSH: Die Stadt legt eine Eigentümerstrategie vor

In einer Eignerstrategie hat der Stadtrat die Ausrichtung der städtischen Verkehrsbetriebe VBSH festgelegt.

SCHAFFHAUSEN Seit der Volksabstimmung 2019 sind die Verkehrsbetriebe Schaffhausen (VBSH) als eine selbstständige, öffentlich-rechtliche Anstalt der Stadt Schaffhausen organisiert. In der Eignerstrategie werden die Zielsetzungen und Grundsätze für die strategische Führung des neuen Unternehmens festgehalten. Sie wird alle vier Jahre auf Beginn einer Legislatur erneuert. Der Stadtrat hat die Eignerstrategie nach einvernehmlicher Rücksprache mit der neuen Verwaltungskommission der VBSH erlassen. Das Stadtparlament hat die Eignerstrategie lediglich noch zur Kenntnis zu nehmen.

Die Strategie legt klare Leitplanken zur Festlegung der Unternehmensstrategie vor, innerhalb welcher wiederum eine Vision und ein Unternehmensleitbild festzulegen sind. Die VBSH sollen als selbstständiges Unternehmen wettbewerbsfähig, betriebswirtschaftlich und kundenorientiert Leistungen erbringen und dabei eine

Eigenwirtschaftlichkeit für den Ortsverkehr von mindestens 50 Prozent sicherstellen – und sie sollen helfen «das Verkehrswachstum umweltgerecht zu bewältigen» und innerhalb des Gesamtverkehrskonzepts den Anteil des öffentlichen Verkehrs am Gesamtverkehr zu steigern. Aber auch soziale und ökologische Ziele legt die Stadt fest. So erwartet sie, dass das Unternehmen «ethische Werte über Gewinnstreben stellt». Bei der Erhöhung des Anteils Energie aus erneuerbaren Quellen sollen sich die VBSH «ehrgeizige Ziele» setzen. Insbesondere nennt die Strategie – welche zu Beginn jeder Stadtratslegislatur bei Bedarf revidiert werden kann – die Umsetzung der Elektrifizierungsstrategie bei der Stadtbusflotte mit 15 Elektrobussen und der Ladeinfrastruktur am Bahnhof und im Depot. Kontinuierlich sollen Dieselbusse mit E-Bussen abgelöst werden. Auch im Regionalverkehr sollen die VBSH auf Elektromobilität oder einen anderen, nicht fossilen Energieträger umsteigen. Ferner muss das Unternehmen die Erweiterung des Depots auf dem Ebnat inklusive einer neuen Einstellhalle für Busse des Regionalverkehrs umsetzen. (lbb)